Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

135 (21.3.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10 % Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 135 — 77. Jahrgang. — **Karlsruhe, Donnerstag, 21. März 1918** — 77. Jahrgang. — **Mittagsblatt.**

Eine neue Erklärung der holländischen Regierung.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 20. April. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Auch vor Verdun ließ bei Regen und Nebel die Artillerie an Heftigkeit nach.

Der Friede mit Rußland.

WTB. Berlin, 20. März. Im Hauptausschuß des Reichstages erklärte bei Beratung des Friedensvertrages mit Rußland ein Vertreter des auswärtigen Amtes, die Entscheidung über die Eigentumsrechte an dem ehemaligen russischen Staatseigentum seien noch vorbehalten. Unterstaatssekretär von dem Bussche teilte mit: Eine Abordnung des litauischen Landesrates werde am 22. März in Berlin eintreffen.

WTB. Berlin, 20. März. Der Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, Wirkl. Geh. Rat von Braun, hat sich der „Nordd. Allg. Ztg." zufolge zur weiteren Verhandlung über das Wirtschaftsabkommen mit der Ukraine nach Kiew begeben.

Rumänien.

WTB. Bukarest, 20. März. Konstantin Stere, früherer Führer der liberalen Partei der Moldau, der einen nicht geringen Teil der Mitglieder des Abgeordnetenhauses zu seinen Anhängern zählt und von Anfang an gegen den Krieg an der Seite der Entente in Wort und Schrift eingetreten ist, schreibt in seiner Zeitung „Lumina" zur Ernennung Marghilomans zum Ministerpräsidenten u. a.: Es gibt keinen Rumänen, der nicht aus ganzer Seele der Regierung Marghilomans die volle Einsicht, die ganze Entschlußfähigkeit und Wissenskraft wünscht, die nötig ist, um das Land in dieser traurigen Zeit zu leiten. Sollte die Regierung den wahren Weg finden, sollte es ihr gegeben sein, das zu verbessern, was noch verbessert werden kann, um wenigstens die Hoffnung auf eine würdigere und glücklichere Zukunft des Landes zu retten, dann wird ihr die Dankbarkeit des Volkes gesichert sein. Was mich persönlich betrifft, so versichere ich Marghiloman, wenn ich auch seiner Aufforderung, mit ihm zusammenzuarbeiten nicht folgen konnte, meiner vollsten Unterstützung für das Wohl Rumäniens, das zu verwirklichen, er berufen ist.

() Wien, 20. März. (Privattelegramm.) Nach der Meldung des Wiener k. k. Tel. Korr.-Büro melden die Blätter, daß der neue rumänische Ministerpräsident Marghiloman ein Bündnis mit den Mittelmächten anstrebt. Die Blätter äußern sich sympathisch zu diesem Plan und erkennen in ihm den Beweis sowohl dafür, daß Rumänien eingesehen hat, wo seine wahren Vorteile liegen, wie auch dafür, daß es den abzuschließenden Frieden ebenfalls als einen Verständigungsfrieden betrachtet. Die rumänische Regierung würde ein Bündnis kaum anstreben, wenn sie einen kommenden Friedensschluß als eine Demütigung oder als Bedrohung der Lebensinteressen Rumäniens ansehen müßte.

Die Vergewaltigung Hollands.

Eine neue Erklärung des Ministers Ludons.

WTB. Amsterdam, 20. März. Der Minister des Aeußern Ludon hat heute vormittag in der 2. Kammer nochmals über die Schritte der niederländischen Regierung in der Schiffahrtsfrage eine Erklärung abgegeben. Nach Blättermeldungen erklärte der Minister, daß die Regierung anfangs die Absicht gehabt habe, die Forderung der alliierten Regierungen zurückzuweisen, daß sie aber nach gründlicher Ueberlegung davon wieder abgekommen sei und die Bedingungen namentlich mit Rücksicht auf die Volksernährung angenommen habe. Sie habe in Washington gegen die Drohung, die Schiffe zu beschlagnahmen, protestiert. Der Minister gab nochmals einen langen, ausführlichen Bericht über die Verhandlungen und sagte: Er habe den alliierten Regierungen die Bedingungen gestellt, daß die Einfuhr von 400 000 To. Weizen gesichert und daß 100 000 To. sofort geliefert werden sollen. Dieser Weizen ist durch niederländische Schiffe einzuführen. Der Minister hofft, daß Deutschland kein Hindernis in den Weg legen und daß es die freie Fahrrinne für die Schiffe offen lassen werde. Die Haltung Hollands stehe nicht im Widerspruch zu seiner Neutralität. (?) Die Regierung hätte die Forderung der Alliierten gleich zurückweisen können, und würde sich dabei den Beifall des Volkes gesichert haben, aber sie dürfe sich nicht mit einem solchen augenblicklichen Popularitätserfolg begnügen, da sie weitersehen müsse und könne, als das Volk und die Volksvertretung. Der Minister schloß damit, daß er sagte, das niederländische Volk kann vollkommen versichert sein, daß die Regierung keinen Schritt weitergehe als bisher. Nach dieser Erklärung kam es zu einer kurzen Debatte. Der Abg. van Dorn erklärte, er habe keine Ursache, der Regierung sein Vertrauen zu versagen. Troelstre sagte: Die Haltung der Regierung bilde keinen Widerspruch für die Neutralität Hollands. Darauf wurde die Debatte geschlossen.

Die Beschlagnahme der holländischen Schiffe.

WTB. Washington, 20. März. Mit der Beschlagnahme der niederländischen Schiffe in amerikanischen Gewässern wird noch gewartet, bis eine Nachricht von London eintrifft. Amtlich wird bekanntgegeben, daß die in Frage stehende Beschlagnahme nicht eher beginnen werde, als bis Hollands Antwort in Washington eingetroffen sei. Die Vorbereitungen seien abgeschlossen, um die Beschlagnahme im Augenblick des Eintreffens der Nachrichten zu beginnen. Wilson hat gestern einen Erlaß unterzeichnet, der die Beschlagnahme und die Gründe dafür bekannt gibt. Der Erlaß ist zur Herausgabe fertig.

WTB. Amsterdam, 20. März. Die niederländische Presseagentur meldet aus Baltimore, daß die niederländischen Schiffe aus Singapore nicht ausgelaufen sind. Auch in Hongkong, Kalkutta, Penang und Kolombo werden holländische Schiffe festgehalten.

Die englischen Schiffe in Rotterdam.

WTB. Amsterdam, 20. März. Einem hiesigen Blatt zufolge erhielten die englischen Schiffe in Rotterdam erneut den Befehl, sich auf den ersten Abruf zur Ausreise bereit zu halten.

Englische Vorschriften.

WTB. Haag, 20. März. Das Korrespondenzbüro erfährt, daß der englische Gesandte dem Minister des Aeußern mitgeteilt habe, daß Handelsschiffe, die englische Häfen anlaufen, den Schiffsnamen in weißen Buchstaben auf schwarzem Grunde zeigen müssen. Der Name muß auf eine Entfernung von doppelter Schiffslänge lesbar sein. Alle Schiffe müssen an der ersten Kante der Brücke eine, große Schiffe zwei Planken zeigen.

Lansdownes Völkerbund.

Eine neue Orgie englischer Heuchelei.

WTB. London, 20. März. Im Oberhaus brachte Lord Pammon eine Entschließung ein, die den Grundsatz des Bundes der Nationen bildet, und die Einsetzung eines Gerichtshofes, dessen Befehle befolgt werden müssen. Lord Lansdowne sagte, ein Völkerbund müsse zwei wesentliche Grundzüge haben, erstens müsse der Bund für alle offen sein, und alle wichtigen Mächte umfassen, zweitens müßte er mit ausführender Gewalt ausgestattet sein, um sich einen fraglosen Gehorsam gegen seine Entscheidungen zu sichern. Lord Lansdowne fuhr fort, der Bund werde in der Lage sein, einen Druck in verschiedenen Formen auszuüben. Seiner Meinung nach könne er den Frieden in der zivilisierten Welt garantieren. Er würde mindestens einen Aufschub und Gelegenheit zu Verhandlungen zwecks Ausgleichs sichern können, die in sehr vielen Fällen der drohenden Gefahr wirksam vorbeugen dürften. Seiner Meinung nach seien in diesem Augenblicke die Anzeichen zur Bildung eines solchen Bundes entschieden günstig. Eines der günstigsten Anzeichen sei die Art, wie die Vereinigten Staaten sich für den Vorschlag interessierten. Bei ihrem ausgedehnten Welthandel könnten die Vereinigten Staaten mehr als ein anderes Land die Waffen eines Weltdruckes anwenden. Präsident Wilson habe bei mehr als einer Gelegenheit klar angedeutet, daß es notwendig wäre, die Zulassung zu dem Weltbunde allen Nationen zu versagen, die fortfahren, den Weltfrieden zu stören, und daß es unter solchen schwierigen Umständen unmöglich werden könnte, Deutschland zu dem freien wirtschaftlichen Verkehr zuzulassen, der die notwendige Folge eines Friedensbundes sein würde. Zu der angeblichen Unmöglichkeit, Deutschland zuzulassen, weil man ihm nicht trauen könne, sagte Lord Lansdowne, niemand habe davon gesprochen, daß man sich auf eine deutsche Versprechung oder Unterschrift verlassen müsse. Das wesentliche des Vorschlages sei, daß die Mächte, die zu dem Vereine zugelassen werden sollten, bis zu einem gewissen Grade auf ihre Souveränitätsrechte verzichten und einen Bund schließen würden, um nach dem Kodex internationaler Achtung, wie dieser auch sei, zu handeln. Seiner Meinung nach würde darin eine materielle Garantie zur Erhaltung des Friedens liegen, wie man sie bisher noch nicht ausgedacht habe. Obwohl jetzt der Beweis geliefert sei, daß im Jahre 1914 eine feste Verschwörung bestanden habe, um jeden Preis den Krieg zu erzwingen, würde es seiner Meinung nach, wenn damals ein Völkerbund bestanden hätte, unschätzbare Gelegenheit für einen

---

Ohne Kriegsanleihe kein Sieg,
Ohne Sieg kein Frieden!

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(62) (Nachdruck verboten.)

Vierundzwanzigstes Kapitel.

Astrid Vermehren stand auf dem Balkon ihres Schlafzimmers und schaute hinaus in die laue Sommernacht, die dunkel und schweigend ihren sternengestickten Mantel breitete. Der Nachtwind trug auf seinen Schwingen Rosen- und Resedaduft, untermischt mit dem Geruch frischen Heus, zu ihr empor. Wie eine weiche, laue Welle umgab sie dieser Duft.

In der Tasche ihres leichten Hausgewandes knitterte ein Brief, den sie heute von Peter erhalten. Es ging ihm gut. Und seine heißen, zärtlichen Worte, seine versteckten Anklagen wurden noch in dieser schwülen, schönen Nacht.

Doch sie sprachen nicht zu ihr; sie quälten sie nur. Ihre Gedanken schweiften nicht zu ihm; sie flogen zu einem andern, den sie liebte mit heißen, sehnsüchtigen Schmerzen. Nun ging er fort; nur noch zwei Tage war er da! Und gut für ihre Ruhe war es, daß er ging. Sie mußte über diese Liebe kommen! Um Peters willen, der da draußen vor dem Feinde stand und kämpfte — schwer legte sich ihr Unrecht gegen ihn auf ihre Seele — doch sie konnte nichts dafür! Sie hatte sich so gegen die Macht gewehrt, die der andere auf sie ausübte — und dennoch war sie unterlegen.

In der Arbeit wollte sie nun Vergessen suchen. Doktor Rehfeld hatte sich für sie verwendet; es war Aussicht, daß sie in einem großen Garnisonslazarett an der Grenze beschäftigt werden würde.

Der Morgen dämmerte wieder heran nach einer schlaflosen Nacht. Immer mußte sie denken: nun geht er fort!

Die Mama war heute so übelgelaunt, daß sie es vorzog, im Bett zu bleiben. Ursula war darum schon beizeiten zu Sanna Westenfeld geflüchtet, von der sie zur Vertrauten ihrer jungen Liebe gemacht worden war — einen mußte Sanna doch haben, gegen den sie sich aussprechen konnt. Und Ursula hörte durch sie wieder von Peter; mit der Schwester von ihm zu sprechen, vermied sie. Die paar Feldpostkarten, die er ihr gesandt, verwahrte sie als ein Heiligtum.

Gegen Mittag meldete der Diener Herrn Doktor Rehfeld. Da bebte ihr ganzer Körper; er kam, Abschied zu nehmen! Sie mußte ihn allein empfangen, da der Vater noch in der Fabrik war.

Sie bedurfte erst einiger Minuten der Sammlung, ehe sie zu ihm in den kleinen, blauen Empfangssalon trat, in dem durch die großen, schattenden Bäume vor den Fenstern ein gedämpftes Licht herrschte.

Weiß und schlank wie eine Lilie stand sie vor ihm, als sie ihm mit einer Entschuldigung für die verhinderten Eltern die Hand reichte, die er — zum ersten Male — an seine Lippen zog und bei dieser zarten, kaum merklichen Berührung ging ein Zittern durch ihre Gestalt.

„Ich komme mich zu verabschieden, gnädiges Fräulein." Er trug schon die graue Felduniform des Arztes; wie gut stand sie seiner hohen, männlichen Gestalt!"

„Könnte ich doch auch schon hinaus!" sagte sie, indem sie sich setzte und ihn durch eine Handbewegung aufforderte, das gleiche zu tun.

„Es wird noch früh genug werden, Fräulein Vermehren!" entgegnete er, „Schweres erwartet uns."

„Sie wissen es aus Erfahrung vom Balkankrieg her, Herr Doktor! Und nun ist Krieg, von dem Sie unser Vaterland verschont wissen wollten, doch da! — Ein böser Traum ists mir! Nachdenken darf man nicht."

„Nein, denken darf man nicht und trauern — aber handeln! Handeln! Ich habe es lange gefürchtet, gnädiges Fräulein! Und nun es so weit ist, sage ich „Gott sei Dank!" — Denn erspart wäre uns dieser Krieg nicht gewesen; wir hätten ihn über kurz oder lang doch führen müssen — und dann unter weit erschwerenderen Umständen. Der Krieg ist etwas Furchtbares — und doch Großartiges! Er legt das Innerste des Menschen blos, zeigt die Völker in ihrer Gesinnung und Gesittung — und wie hat sich das unsere herrlich offenbart! Niemals bin ich so stolz gewesen, ein Deutscher zu sein als jetzt! Ich preise mich glücklich, daß ich das als reifer, denkender Mensch habe erleben dürfen, und daß ich für mein Teil mich auch nützlich machen kann!"

Seine Augen, diese ausdrucksvollen, klugen, grauen Augen leuchteten in Begeisterung.

„Mit Hintansetzung Ihres Lebens, jede Gefahr außer acht lassend — ich weiß es, Herr Doktor! — Wenn alle so denken wie Sie, dann kann Deutschland ruhig sein!" sagte sie leise.

Er sah sie an. Er wußte, daß ihre Worte eine Abbitte sein sollten für die Kränkung, die sie ihm einst zugefügt — sie hatte es nicht vergessen!

„Alle tun es!" entgegnete er mit Nachdruck. „Und in meinem besonderen Fall — — ich stehe jetzt ganz allein."

„Sie stehen jetzt ganz allein" — sprach sie ihm langsam nach.

„Ich habe für niemand zu sorgen; mein Leben kann ich ganz unserer lieben Sache widmen! Meine Frau ist tot, und wenn mir etwas zu stoßen sollte, so braucht kein Weib um mich zu weinen — ich lasse nur ein Grab zurück."

„Kein — Weib — braucht — um Sie zu weinen" — gebrochen klang ihre schöne dunkle Stimme, als ob Tränen darin zitterten, während sie seine Worte wiederholte.

Er wußte selbst nicht, was ihn dazu gezwungen, das zu sagen; wollte er doch eine Träne seinetwegen in den geliebten Augen sehen? Er blickte auf die roten, schön geschweiften Lippen, und eine beinahe unbezwingliches Verlangen faßte ihn, sie zu küssen — einmal nur — als Wegzehrung für den langen, schweren Weg, den er zu gehen hatte. Er war noch zu jung, als daß er Frauenliebe nicht als etwas köstliches schätzte — aber um die Liebe von der einen, wegen deren er kein anderes Weib angeschaut, an der allein ihm lag — um diese Liebe durfte er nicht werben, da sie von Rechts wegen einem anderen zukam!

War das der Fall? Doch wohl nicht!

Er fühlte doch die feinen Fäden, die von ihm zu ihr gingen — wie eine geheimnisvolle Macht war es, die sie beide zueinander zwang! Und nur ein Wort würde es kosten.

Aber eben dieses Wort durfte nicht gesprochen werden, und wenn die Sehnsucht nach ihren süßen Lippen ihm das Blut verbrannte!

Und wie zum Gelöbnis umfaßte seine Hand den Säbelgriff. Er erhob sich; es wurde Zeit zum Gehen.

(Fortsetzung folgt.)

Aufschub oder für Verhandlungen gegeben haben, die den Friedensstiftern Aussicht eröffnet hätte, die damals besonders groß gewesen sei. Er wünsche aus folgenden Gründen die Mittelmächte in den Bund eingeschlossen zu sehen: Deutschland sei in der Vergangenheit immer der große Anarchist Europas gewesen (!!) und habe immer seine eigenen Ziele verfolgt. Es habe stets den Gedanken friedlicher Erörterungen verspottet (!). Wenn man Deutschland in das Geschirr einer Organisation dieser Art spannen könnte, so würde man dadurch eher als durch feindliche Mittel den preußischen Militarismus bekämpfen können. (!!) Aber abgesehen von diesem Vorschlage müsse eine Liquidation der schwebenden Fragen stattfinden, ehe der Krieg beendet sei. Er könne einen Völkerbund nicht als einen Ersatz für einen befriedigenden territorialen Ausgleich annehmen. Ein solcher Ausgleich sei eine notwendige Voraussetzung für die Bildung eines Völkerbundes. Aber neben diesem Ausgleich brauche man einen Mechanismus, um den Weltfrieden in Zukunft zu erhalten. Der Gedanke biete gewaltige Schwierigkeiten, beispielsweise wäre es ein Fehler, die Frage der Abrüstung zu eng mit der Frage des Völkerbundes zu verbinden. Andererseits würde der Völkerbund eine wichtige Rückwirkung auf die Rüstungsfrage haben, da die Demokratien der Welt die schweren Bürden der Rüstungen satt hätten, deshalb würde seiner Meinung nach die Abrüstung automatisch folgen.

(Diese Weltbeglückungsrede Lansdownes verliert schon dadurch jeden Wert für uns, daß sie mit den widerlichsten englischen Heuchelei und den gehässigsten Angriffen gegen Deutschland durchsetzt ist. Dieser Brite wagt Deutschland den Anarchist und den Friedensstörer Europas, der jede friedliche Erörterung verspotte habe, zu nennen, obwohl er so gut wie wir weiß, daß Deutschland über 40 Jahre, selbst in den kritischsten Situationen, den Krieg immer und immer wieder vermieden hat, während dasselbe England, das er als Hort des Friedens feierte, in derselben Zeit eine ganze Kette der blutigsten und grausamsten Kolonialkriege geführt hat.)

Die Uneinigkeit der Alliierten.

() **Berlin**, 20. März. Wie die Berliner Morgenblätter berichten, ist auf der Londoner Konferenz über manche Fragen eine Einigung nicht erzielt worden, darunter befinden sich auch wichtige Fragen.

Die Erfolge unserer Flieger im Monat Februar 1918.

WTB. **Berlin**, 20. März. Im Monat Februar verloren unsere Gegner durch unsere Kampfmittel auf allen Fronten im ganzen 138 Flugzeuge und 18 Fesselballone. Wir büßten durch feindliche Einwirkung 61 Flugzeuge und drei Fesselballone ein, davon sind 26 jenseits unserer Linien geblieben. Die Uebrigen sind über unserem Gebiet zerstört worden. Auf die Westfront allein entfallen von den 138 feindlichen Flugzeugen 132, von den deutschen 58. 108 der feindlichen Flugzeuge wurden im Luftkampf, 25 durch Abwehrgeschütze abgeschossen. Fünf landeten unfreiwillig hinter unseren Linien, 59 sind in unserem Besitze. Die übrigen sind jenseits unserer Linien erkennbar abgestürzt.

Näheres über den Fliegerangriff auf Freiburg i. B.

am 13. März, nachmittags.

WTB. **Berlin**, 20. März. Der Angriff auf Freiburg, über den schon kurz berichtet wurde, erfolgte um 4 Uhr nachmittags und wurde von 8 Flugzeugen ausgeführt. Er hat sich zu einem besonders empfindlichen Fehlschlag für unsere Gegner gestaltet. Von den acht Flugzeugen blieben drei in unserem Besitz. Wie weit der zurückgekommene Rest des Geschwaders durch das Feuer unserer Abwehrgeschütze und die Angriffe unserer Flugzeuge beschädigt worden ist, steht dahin. An den Abschüssen haben sich Abwehrgeschütze, die Flugzeuggeschwader des Heimatluftschutzes und unsere Jagdflieger der Front, die dem Gegner den Rückweg verlegten, fast gleichen Anteil. Die Erfolge, die der Abwurf von 20 Bomben auf die offene Stadt Freiburg i. B. erzielte, sind gering, aber sie zeigen den Zweck, den unsere Gegner mit ihren Angriffen verfolgen. Eine Krankenschwester, und zwei in einem Hospital in Pflege befindlichen Personen wurden von den Bomben getroffen und die Martinskirche beschädigt. Des weiteren wurde einiger Schaden an den Dächern und Fensterscheiben von Privatgebäuden angerichtet, und zwei Frauen verletzt. Es zeigt sich also klar, daß unsere Gegner bei ihren Angriffen auf die offene Stadt deutlich, Frauen und Kinder zu töten, Wohnstätten Freiburgs zu vernichten, unsere Gotteshäuser und Kunstdenkmäler zu zerstören versuchten. Dank der Kraft und der Wachsamkeit unseres Heimatschutzes war es ihnen bisher nicht vergönnt, nennenswerte Erfolge durch diese Kampfesweise zu erzielen, die sie als erste begonnen haben. Sie zwingen aber durch ihre Angriffe uns dazu, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und schreien dann über Barbarei und Hunnentum, wenn der deutsche Vergeltungsschlag schärfer und kräftiger ausfällt.

Die Explosion in Curneuve.

WTB. **Paris**. 20. März. In der gestrigen Kammersitzung verlangte der Minister Pams einen vorläufigen Kredit von fünf Millionen Franken um den Opfern der Explosionskatastrophe von Curneuve, Neuville und Monline zu helfen. Verschiedene Abgeordnete darunter Lavale verlangten eine Erhöhung des Kredites auf 20 Millionen Franken, dem sich aber der Finanzminister unter dem Hinweis darauf widersetzte, daß die Regierung über einen Kredit von 130 Millionen für weitere Hilfeleistungen verfüge. Auch bei der Interpellation über die Katastrophe von Curneuve führte Lavale aus, daß bloß für 200 000 Granaten Platz gewesen sei. Statt dessen habe man 15 Millionen Granaten in Curneuve eingelagert, 11 700 000 Gewehrgranaten und drei Millionen Granaten anderer Modelle. Auch habe man in Curneuve alte Granaten mit Aufschlagzündern sowie Phosphorgranaten, die sich beim Luftkontakt selbsttätig entzünden eingelagert. Der Depotchef habe auf die Gefährlichkeit des Lagers von Curneuve wiederholt aufmerksam gemacht, ohne daß die Regierung Besserungen vorgenommen hätte. Munitionsminister Loucheni versprach scharfe Maßregeln gegen die Schuldigen und Vorkehrungen gegen die Wiederholung einer solchen Katastophe.

Amerikanisches.

)(**Amsterdam**, 18. März. Fräulein Margarete Wilson, die Tochter des Präsidenten, wird nach Frankreich reisen, um in den Uebungslagern zu konzertieren, wie sie es bisher in Amerika getan hat. — In New York will man einen Ausschnitt der Verteidigungsanlagen der Westfront nachbilden und damit für die dritte Freiheitsanleihe Reklame machen. — Herr Samuel Gompers erklärte in einer Rede, die amerikanischen Arbeiter würden während des Krieges unter keinen Umständen Vertreter auf eine Konferenz schicken, an der auch Abgesandte der feindlichen Länder teilnähmen. — Das erste Schiff aus Eisenbeton (von 500 Tonnen) ist vom Stapel gelaufen. Der Leiter des Schiffahrtsamtes traut dem neuen Ding aber noch nicht recht und wünscht, daß allerlei Proben damit vorgenommen werden. Zunächst sollen nur erst vier solcher Schiffe (3500 Tonnen) gebaut werden, mit denen dann weitere Versuche anzustellen sind.

Deutscher Reichstag.

WB, **Berlin**, 20. März.

Am Bundesratstisch: Büdlin, v. Wrisberg, v. Coupitte, v. d. Busche.

Vizepräsident Dr. **Paasche** eröffnet die Sitzung um 3.25 Uhr. Zweite Lesung des Gesetzes betr.

die Aenderung des Postscheckgesetzes.

Abg. **Nacken** (Ztr.) empfiehlt namens des Hauptausschusses unveränderte Annahme der Vorlage, die hauptsächlich die Förderung des bargeldlosen Verkehrs sei.

Abg. **Südekum** (Soz.): Das beste Mittel, den Postscheckverkehr populär zu machen, ist die Portofreiheit. Wir stimmen der Vorlage zu. Die Stammguthaben und die Einlagen sollten verzinsbar gemacht werden.

Damit schließt die Aussprache.

Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht des Reichshaushaltsausschusses über den Antrag über Erlaß einer Bundesratsverordnung betr.

die Ueberwachung der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe
(Angelegenheit Daimler).

Der Ausschuß beantragt drei Entschließungen auf Ueberwachung der Geschäftsbücher und anderer für die Berechnung der Preise maßgebenden Unterlagen, Errichtung von Preisprüfungsstellen bei sämtlichen Zentralbeschaffungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine und Schaffung einer Zentralprüfungsstelle für Kriegslieferung, deren Aufgabe es ist, die Tätigkeit aller einzelnen Prüfungsstellen zu überwachen.

General **v. Wrisberg**: In der Angelegenheit der Daimler-Gesellschaft ist von der Königl. Staatsanwaltschaft in Stuttgart ein Strafverfahren wegen versuchten Betruges und Kriegswucher eingeleitet. Vom Reichsanwalt wird untersucht, ob durch die von der Firma angedrohte Einschränkung der Produktion Landesverrat begangen worden sei. Solange das Verfahren schwebt, müssen wir uns ein Urteil versagen. Die Daimler-Gesellschaft hat in einem Ultimatum die Einschränkung des Betriebes angedroht. Es ist stets anerkannt worden, daß die Daimler-Werke hohe Qualitätsarbeit geleistet haben, die allerdings weniger der kaufmännischen als der technischen Leitung und der Arbeiterschaft zu danken ist. (Sehr richtig.) Angesichts dieser hohen Leistungen muß einer Einschränkung der Produktion vorgebeugt werden. Als trotz wiederholter Aufforderung die Kalkulation nicht vorgelegt wurde, mußte auf Grund des Par. 89 des Belagerungszustandgesetzes eingeschritten werden; dann ist die Drohung der Firma schließlich zurückgenommen worden, weil sie die Militarisierung ablenken wollte. Die Militarisierung ist nicht infolge der Angaben eines früheren Beamten allein angeordnet. Nicht die letzte Preiserhöhung hat 50 Proz. betragen, sondern dieser Satz wurde durch eine große Reihe von Preissteigerungen erreicht. Unrichtig ist der Vorwurf, die Heeresverwaltung habe nicht früh genug zugegriffen. Anlaß dazu hatten wir erst, als die Lieferung in Frage gestellt wurde. Jetzt müssen wir erst das Gerichtsurteil abwarten. Die hohen Gewinne der Firma können auch aus anderen Geschäften herrühren. Die Militärverwaltung hat getan, was im Interesse der öffentlichen Sicherheit notwendig war. Es ist nichts zu vertuschen, sie hat nichts zu vertuschen, sie wird auch nichts vertuschen. Klarheit wird und muß geschaffen werden. Man darf aber den Richterspruch nicht vorschreiben.

Abg. **Erzberger** (Ztr.): Daß Deutschland den Krieg nicht wollte, geht schon daraus hervor, daß wir nicht einmal die nötigen Rohstoffe hatten. Ohne die glänzende Erfindung von Ersatzstoffen wären wir schon längst erledigt. Die Stillegung von kleinen Betrieben darf nicht übermäßig erfolgen. Wenn die Preise sich weiter so entwickeln, wird unser ganzes wirtschaftliches Leben gefährdet, und wir sind nach dem Frieden auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig. Bei der Preisgestaltung gehen die Kriegsgesellschaften mit schlechtem Beispiel voran. Lebhaft zu bedauern ist, daß die Angelegenheit Daimler überhaupt den Reichstag und die Oeffentlichkeit beschäftigen muß. Die Kalkulation ist eine direkte Verhöhnung des Kriegsministeriums. Als man sie dem Reichstage zuschickte, glaubte man wohl, dieser Idiotengesellschaft könne man alles zumuten. Leider gibt es nicht nur diesen einen Daimler im Vaterlande. Einen erheblichen Teil der Schuld trifft das Kriegsministerium. Die unendliche Geduld dieser Firma gegenüber — ein Beweis, daß vom Militarismus keine Rede sein kann — sollte auch dem armen ungeschickten Rekruten gegenüber geübt werden. Wir fordern rücksichtsloses Vorgehen gegen alle Schuldigen in den Fällen Daimler und Behr-Pinnow.

Generalfeldzeugmeister Coupette: Es galt bei Kriegsausbruch, möglichst große Mengen Waffen, Munition und sonstige Heeresgeräte in kürzester Zeit zu beschaffen. Bald nach Beginn des Krieges mußten die Beschaffungsstellen neuorganisiert werden. Es wurden für Geschosse und Zünder alsbald vier Interessenkreise gegründet: Spandau, Duisburg, München und Dresden, wodurch die Produktion und die Preisregulierung sicher gestellt werden sollten. Gemeinsame Konferenzen fanden statt. Beteiligt waren viele tausend Einzelwerke. Hierfür die Einheitspreise festzusetzen war unmöglich. Für die Kalkulation haben die Staatsinstitute erhebliche Dienste geleistet.

Abg. **Noske** (Soz.): Die geforderte Bundesratsverordnung soll nicht nur ein Unternehmen treffen wie Daimler, das eine schamlose und gemeingefährliche Erpressung versuchte, sondern alle, die während des Krieges während der Not des Volkes sich riesige Gewinne zu verschaffen wußten. Während auf dem Volke eine Schuldenlast von 120 Milliarden liegt, schwimmt eine dünne Schicht im Golde, das sind die Kriegshetzer der Vaterlandspartei. Jedenfalls werden die Daimlerleute nicht für zuchtbaukreif erklärt werden wie arme Arbeiter, die schnellstens abgeurteilt werden. Weil in den Kriegsämtern Großkapitalisten und Schwerindustrielle sitzen, ist es begreiflich, daß der Industrie große Gewinne zufließen. Wenn das Kriegsministerium auch Sachverständige aus der Arbeiterschaft zugezogen hätte, hätten viele Millionen erspart werden können. Der Versuch muß nachgeholt werden. Wir wollen den Kapitalismus so rasch wie möglich niederringen, um die Ursache der modernen Kriege zu beseitigen.

Abg. **Gothein** (F. Vp.): Für die Kriegszeit wäre es günstig gewesen, wenn dem Verlangen des Reichstages entsprochen worden wäre, in Friedenszeiten nicht einem kleinen Kreis von Industriellen ein Monopol auf die Heereslieferungen zu geben. Es grenzt an Bestechung, wenn schon jetzt Beamte aus den Kriegsämtern von der Industrie weg engagiert werden. Unter den Holzpreissteigerungen leiden die Tischler, und die heimkehrenden Krieger werden die Möbelpreise nicht erschwingen können. Die Eisenpreise sind bei uns günstiger als im Auslande. Im übrigen müssen wir aber erst wieder konkurrenzfähige Rohstoffpreise erhalten. Die Kaufkraft des Handels muß wieder gehoben werden. Wer hat dem Kammerherrn von Behr-Pinnow die enormen Sackpreise bewilligt? Das Kriegsministerium darf nicht höhere Preise bewilligen, weil diese irgendwelchen wohltätigen Zwecken zugute kommen sollen. Andererseits wird sehr genausert. Die deutschen Kaufleute in Belgien werden wesentlich schlechter behandelt als die Belgier. Das Reich muß sparsam wirtschaften. Wir hoffen auf einen dauernden Frieden auch im Interesse der Moral des deutschen Volkes in allen seinen Gliedern.

General **von Scheuch**: Der Abg. Noske hat die Tätigkeit einer Reihe von sachverständigen Herren in den Kriegsämtern bemängelt. Wir haben dem Drängen nachgegeben, den kaufmännischen Geist bei uns einziehn zu lassen. Herr Noske will ihn jetzt wieder heraus haben. Die Nennung von Namen schadet nicht. Die Herren und ihre Tätigkeit vor allem stehen dafür viel zu hoch. Es ist angeordnet worden, daß Handwerker möglichst an ihren Wohnorten eingezogen werden. Materiell am meisten geschädigt ist der Mittelstand. Ihm muß wesentlich geholfen werden.

Darauf tritt Vertagung ein.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr: Anfragen, Nachtragsetat, Friedensvertrag, Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Schluß 1/8 Uhr.

*

Der Arbeitsplan des Reichstags.

WTB. **Berlin**, 20. März. Der Beschluß des Hauptausschusses des Reichstages, beim Präsidium dahin zu wirken, daß im Interesse der Vorbereitung der Friedensverträge am Donnerstag keine Sitzung der Vollversammlung anberaumt werde, hat den Aeltestenrat des Reichstages veranlaßt, sich erneut über die Geschäftslage zu besprechen. Es wurde eine Entscheidung dahin erzielt, dem Beschluß des Hauptausschusses Rechnung zu tragen. Die Sitzung am Freitag beginnt um 12 Uhr mittags mit der Tagesordnung: Zweite, vielleicht auch dritte Lesung des Notetats, dritte Lesung der Kreditvorlage, zweite Lesung des Friedensvertrages. Am Samstag steht auf der Tagesordnung die dritte Lesung des Friedensvertrages, außerdem Kriegszuschlag zu den Gerichtskosten und Neubau der Reichsschuldenverwaltung. Am Samstag dieser Woche beginnt die Osterpause, deren Dauer um 8 Tage bis zum 16. April verlängert werden soll.

*

Eine kurze Anfrage über die Fliegerangriffe auf offene Städte.

* Reichstagsabg. Oskar Geck-Mannheim hat im Reichstag folgende kurze Anfrage gestellt:

Verläßlichen Zeitungsnachrichten zufolge haben sich sowohl in der französischen Kammer wie ganz besonders auch im Gemeinderat der Stadt Paris in den letzten Tagen ernste und dringliche Stimmen erhoben, die einer Verständigung der kriegsführenden Parteien über die Einstellung der Fliegerangriffe auf offene Städte außerhalb des Krieges das Wort reden. Und nach einer Meldung schweizerischer Blätter berichtet der dem Vatikan nahestehende „Corriere d'Italia", der Papst prüfe zurzeit Mittel und Wege, um unter den Kriegführenden ein Abkommen über den Luftkrieg herbeizuführen. Sind diese Nachrichten zur Kenntnis der Reichsregierung gekommen? Und ist der Herr Reichskanzler zu einer Erklärung darüber bereit, welche Stellung die Reichsregierung zu den obigen Bestrebungen einnimmt?

Aus dem Reich.

Die Reichstagsersatzwahl in Nieder-Barnim.

Wie das „Berliner Tageblatt" berichtet, hat die Fortschrittliche Volkspartei zur Reichstagsstichwahl in Nieder-Barnim die Parole für den Kandidaten der Sozialdemokratischen Mehrheitspartei, Wissel, ausgegeben.

Die Kriegsbeschädigten.

Auf eine Anfrage aus der nationalliberalen Fraktion wurde folgendes vom Kriegsministerium erwidert:

„Der Kriegsbeschädigten wird ganz besonders gedacht. Alle militärischen Heimatstellen einschl. Bezirkskommandos sind angewiesen, Verwundete, die das Eiserne Kreuz 2. Klasse nicht besitzen, namhaft zu machen; diese werden dann den Feldstellen benannt, damit nachgeprüft werden kann, ob sie auf Grund ihres Verhaltens vor dem Feinde das Eiserne Kreuz noch nachträglich erhalten können. Bei dieser Beurteilung soll das größte Wohlwollen obwalten. Seine Majestät der Kaiser und König haben in neuester Zeit durch die Verleihung eines Verwundetenabzeichens derer besonders gedacht, die für das Vaterland geblutet haben, oder die im Kriegsgebiet durch feindliche Einwirkung ihre Gesundheit verloren haben und infolgedessen dienstunfähig geworden sind."

Noch ein Wahlkampf zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialisten.

Im Reichstagswahlkreise Zwickau wird ein Wahlkampf stattfinden, denn die alte Sozialdemokratie Scheidemannscher Richtung ist, laut „Tägl. Rundschau", entschlossen, dort einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Der verstorbene Vertreter des Kreises, Abg. Stolle, war bekanntlich unabhängiger Sozialdemokrat. Auch die Unabhängigen werden natürlich versuchen, dieses Mandat für sich zu retten, aber nach der allgemeinen Stimmung kann schon jetzt gesagt werden, daß das Niederbarnimer Beispiel sich auch in Zwickau wiederholen wird.

Die Einheits-Stenographie.

Die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses stellt folgenden Antrag: „Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, in der Angelegenheit der Schaffung einer deutschen Einheits-Kurzschrift dahin zu wirken, daß, nachdem die Einigungsverhandlungen des für diesen Zweck eingesetzten Sachverständigen-Ausschusses zum Abschluß gelangt sind, mit tunlichster Beschleunigung ein gemeinsamer Beschluß der Reichsregierung und der Regierungen der Bundesstaaten über die Annahme des allgemein einzuführenden Einheitssystems herbeigeführt wird.

* * *

* **325 Orden „Pour le mérite".** Im jetzigen Kriege ist der Orden Pour le mérite bisher 325mal verliehen worden, darunter 40mal an Angehörige der Marine.

Badischer Landtag.

10. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Karlsruhe, 20. März.

Präsident Prinz Max von Baden eröffnet um 4 Uhr die Sitzung. Das Haus setzte die Beratung des Staatsvoranschlages, Ministerium des Innern, Titel

Förderung der Landwirtschaft,

fort.

Kommerzienrat **Heidlauff**: Die Bereitwilligkeit, Arbeitskräfte und Gefangene für die Landwirtschaft abzugeben, besteht bei der Militärverwaltung nach wie vor. Die Möglichkeit dazu ist oft allerdings gering. Es sind aber Verordnungen erlassen worden, daß der Landwirtschaft für die Saatzeit Mannschaften und Gefangene bewilligt werden.

Freiherr **v. Göler** erklärte, die Nachteile der Sommerzeit seien größer, als ihre Vorteile und forderte, daß die Winterschulen zweisemestrig gehalten werden sollen.

Oekonomierat **Sänger** gab zu, daß mit vermehrten Arbeitskräften die landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden könne.

Staatsminister Freiherr **v. Bodman**: In der Zollfrage haben wir uns an Bayern angeschlossen und vom Reiche die Mitteilung erhalten, daß es sich nur um unverbindliche Besprechungen handle, daß aber die süddeutschen Interessen gewahrt werden sollen. Der Berichterstatter sagte, wir hätten die geringsten Erträge nach Elsaß-Lothringen in der Landwirtschaft. Das ist nicht richtig, wenigstens ist unser Erträgnis besser, als das Württembergs, ausgenommen die Kartoffeln. Trotzdem weisen die Zahlen darauf hin, daß wir noch manches zu tun haben. Es ist nun der Wunsch nach einer landwirtschaftlichen Abteilung ausgesprochen worden. Hier sind wir der Ansicht, daß wenn man etwas tut, daß man es recht machen soll. Hierzu wäre dann eine jährliche Ausgabe von 150 000 M notwendig. Das Unterrichtsministerium hat nämlich angenommen, daß 5 ordentliche Professoren notwendig sind, es sind Versuchsfelder erforderlich, dafür sind erhebliche Aufwände notwendig. Die Regierung konnte sich aber nicht überzeugen, daß das Bedürfnis so dringend ist, daß man eine so große dauernde Aufgabe übernehmen könnte. Ich bin daher der Meinung des Freiherrn v. Stotzingen, daß man besser unsere Winterschulen und unseren Fortbildungsschul-Unterricht fördern soll. Sommerkurse bestehen an verschiedenen landwirtschaftlichen Schulen bereits. Die Frage der Arbeiterbeschaffung ist gegenwärtig die schwerste für die Landwirtschaft. Die Befürchtung, die über den Abtransport der Gefangenen gesetzt wird, trifft im allgemeinen nicht zu, da genügend Ersatz vorhanden ist für den Abtransport der Gefangenen. Wegen des Abtransportes der Großrussen ist noch keine Anordnung ergangen. Für die russischen Gefangenen kommen aber auch deutsche Gefangene zurück; wie viele davon auf Baden entfallen, ist mir aber nicht bekannt. Für dieses Erntejahr besteht aber keine Gefahr, daß der Landwirtschaft die großrussischen Arbeiter entzogen werden. Es ist auch die Forderung erhoben worden, die ältesten Landsturmjahrgänge zu entlassen. Weiter wurde auch eine starke

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Beurlaubung der Mannschaften während der Bestellungsarbeiten gewünscht. Das Generalkommando hat hier stets volles Verständnis und Entgegenkommen gezeigt. Dieses ist aber durch die militärischen Bedürfnisse begrenzt. Es bleiben daher nur die Schüler und Jungmannen übrig, mit denen bisher gute Erfahrungen gemacht wurden. Weiter ist zu hoffen, daß die Landwirtschaft Arbeiter aus der Tabakindustrie u. a. erhält. Endlich vertraue ich auf den Opfermut der Frauen und der alten Leute, die sich bisher glänzend bewährt haben. Die Landwirtschaftskammer hat während des Krieges gut gearbeitet. Ich freue mich, daß die Landwirtschaftskammer bei der Landbank mitwirken und einen Betrag von 600 000 bis 700 000 M zur Verfügung stellen will. Die Landwirtschaft verdient für ihre Arbeit während des Krieges für die Lösung ihrer Aufgaben Anerkennung.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wurden die Ausgabe- und Einnahme-Titel angenommen.

Wirkl. Geh. Rat Seubert berichtete über die Titel

Wasser- und Straßenbau, Rheinschiffahrt-Behörden und Bergwesen

und in Verbindung damit über die Regierungsvorlage vom 28. Nov. 1917 in betreff der Rheinregulierung und über die Petition des Vereins badischer Bezirksgeometer um Besserung der Mißstände im Vermessungswesen. Der Berichterstatter stellt den Antrag auf Annahme der Budgettitel, auf Kenntnisnahme der Regierungsvorlage vom 28. November 1917 und auf Uebergang zur Tagesordnung über die Petition des Vereins Badischer Bezirksgeometer. Das Haus nahm diesen Antrag an.

Geh. Kommerzienrat **Engelhard** berichtete über Hauptabteilung V des Staatsvoranschlages Ministerium der Finanzen, und zwar die Titel „Ministerium", „Landeshauptkasse", „Hochbauwesen", „Salinenverwaltung", „Zoll- und Steuerverwaltung", „Münzverwaltung", „Allgemeine Kassenverwaltung", „Schuldendienst", „Ruhegehalte" u. a. Der Berichterstatter beantragte die Annahme der Budgettitel.

Finanzminister Dr. **Rheinboldt** dankte dem Berichterstatter für die Anerkennung, die er den Beamten des Finanzministeriums gezollt hat. Dann führte der Minister aus: Bei den Kriegsgewinnen muß unterschieden werden zwischen rechtmäßigen und wucherischen. Diese werden in allererster Linie von den ehrlichen Kaufleuten verworfen. Zwischen der Reichsschuld und den Kriegsgewinnen besteht allerdings, wie der Abg. Dietrich in der Zweiten Kammer gesagt hat, eine Wechselwirkung. Im übrigen sind die Ausführungen des Abg. Dietrich aber anfechtbar. Der Minister machte nun längere Ausführungen über Steuerfragen und erklärte dabei, daß er kein Freund veredelter Matrikularbeiträge sei, da dafür sich kein befriedigender Schlüssel finden lasse. Zu hoffen sei, daß die Ausbeutung der Wasserkräfte für den badischen Staat finanziell ertragreich gemacht werden könne. Für die Aufsuchung nutzbarer Mineralien soll durch das Nachtragsbudget die Summe erhöht werden. Die Münze ist mit Aufträgen zur Ausprägung von Kleingeld bis zum Herbst beschäftigt.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wurden die Budgettitel angenommen. Das Haus vertagte sich auf morgen vormittag 10 Uhr. Schluß der Sitzung 7 Uhr 20.

*

Die Wasserkräfte des Murgwerks.

* **Karlsruhe**, 20. März. Nach langen und eingehenden Beratungen über Verwertung der Wasserkräfte des Murgwerks hat heute die Budgetkommission die folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Nachdem die Großh. Regierung erklärt hat, daß eine endgültige Festlegung der Bedingungen für die Benützung von Staatseigentum durch die Mittelbadische Bahn- und Elektrizitätsgesellschaft (A. G.) Karlsruhe sowie eine endgültige Vereinbarung über den Bezug und den Absatz des Murgstromes noch nicht vorliegen, ist die Kommission der Meinung, daß die Murgwasserkräfte durch den Staat oder solche Gesellschaften verwertet werden sollen, die ausschließlich mit staatlichen und kommunalen Mitteln finanziert sind; sie ersucht deshalb die Regierung, davon abzusehen, mit der zu gründenden Mittelbadischen Bahn- und Elektrizitätsgesellschaft A. G. einen Vertrag über den Vertrieb der Elektrizität des Murgwerks abzuschließen. Nachdem dieselbe Kommission vor einigen Tagen über die Verwertung der Wasserkräfte des Oberrheins eine im gleichen Sinne gehaltene Entschließung gefaßt hat, so ist eine Verwertung sämtlicher dem Staat gehörigen Wasserkräfte zum Zweck der Elektrizitätsgewinnung unter einheitlichen Gesichtspunkten in die Wege geleitet.

*

Das Bezugsscheinverfahren für die Kartoffel-Versorgung.

In der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Ernährungsfragen der 2. Kammer wurde die Erlassung des Bezugsscheinverfahrens für den Rest der Kartoffelversorgungsperiode vom 20. Mai bis 3. August besprochen. Dem Ministerium des Innern lag hierüber ein entsprechender Antrag der Stadt Karlsruhe vor, während sich andere Städte wie Mannheim, Freiburg, Rastatt und Pforzheim dagegen ausgesprochen hatten. Von dem Regierungsvertreter wurde erklärt daß die Generaldirektion der bad. Staatseisenbahnen mitgeteilt habe, von ihrer Seite bestünden keine Bedenken für die Wiedereinführung des Bezugsscheinverfahrens. In dem Ausschuß wurde die Befürchtung einer Ueberversorgung eines Teils der städt. Bevölkerung laut. Die weitaus überwiegende Mehrheit des Ausschusses sprach sich gegen das Bezugsscheinverfahren für die restliche Versorgungsperiode aus mit Ausnahme eines Fortschrittlichen und eines Sozialdem. Abgeordneten. Dagegen wurde gewünscht bei der neuen Ernte 1918 die Versorgung durch das Bezugsscheinverfahren wieder zu ermöglichen.

Badische Politik.

Eine Zurückweisung.

* In der letzten Zeit finden sich in dem politisch sonst neutralen „Karlsruher Tageblatt" immer häufiger mehr oder weniger versteckte Seitenhiebe gegen den Vorsitzenden der nationalliberalen Reichstagsfraktion, Abg. Dr. Stresemann, die eine entschiedene Zurückweisung verdienen. Dem Führer der Nationalliberalen wird da in einem etwas von oben herab klingenden Ton „Vielrednerei" vorgeworfen, seine Reden werden in wenig geschmackvoller Weise mit Maschinengewehrfeuer verglichen. Wenn auch der Politiker Dr. Stresemann turmhoch über solch kleinlichen Anwürfen steht, so können derartige herabsetzende Bemerkungen, wenn sie sich immer und immer wiederholen, doch bei einem gewissen urteilslosen Kreis von Lesern dem Ansehen des Parteiführers und damit der Partei selbst schaden. Ob das die direkte Absicht des „Karlsruher Tageblattes" ist, wissen wir allerdings nicht, da wir uns nicht ganz im Klaren darüber sind, auf welchem politischen Boden das „Tageblatt" steht. Wir meinen aber, daß auch derjenige, der nicht der nationalliberalen Partei angehört, anerkennen muß, in welch aufopfernder Weise Dr. Stresemann seine zweifellos hohen politischen Fähigkeiten in den Dienst nicht nur seiner Partei, sondern damit auch des Vaterlandes stellt. Wir brauchen heutzutage politische Führer, die sich nicht damit begnügen, hinter den Kulissen die Fäden zu ziehen, sondern die auch mit dem Wort und mit der Feder in der vordersten Reihe des politischen Kampfes stehen. Dr. Stresemann spricht vor der Oeffentlichkeit nicht als Privatmann, sondern als der erwählte Führer einer großen nationalen Partei. Als solcher muß er zu all den vielen politischen Fragen, die jetzt ihrer Entscheidung entgegenreifen, im Parlament wie im Versammlungssaal, immer wieder das Wort ergreifen, denn die nationalliberale Partei hat doch in erster Linie einen Anspruch darauf, im Streit der Meinungen durch den berufenen Mund ihres Führers gehört zu werden. Jeder, der die Reden Dr. Stresemanns aufmerksam verfolgt hat, wird rückhaltlos zugeben müssen, daß gerade er einer jener Politiker ist, die dem deutschen Volk etwas zu sagen haben, deren Ausführungen stets von großen Gesichtspunkten geleitet sind und die immer wieder neue Gedanken in die politische Debatte hineintragen. Es ist wirklich nicht erhebend, wenn ein solcher Mann, der seine ganze Kraft und Gesundheit in den Dienst der politischen Arbeit stellt, in wegwerfender Weise als „Vielredner" oder „Allerweltspolitiker" von einer Zeitung abgetan wird, die mit peinlicher Gewissenhaftigkeit bemüht ist, auch die längsten Redeübungen britischer Staatsmänner und Parteiführer, und sei es auch in Fortsetzungen, ihren Lesern vorzusetzen.

*

* **Tauberbischofsheim**, 21. März. Der „Tauberbote" meldet die offizielle Aufstellung des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Zehnter zum Kandidaten der Zentrumspartei für die am 18. April stattfindende Reichstagsersatzwahl im 14. badischen Wahlkreis.

Zeichnungen auf die 8. Kriegsanleihe.

⊙ **Waldshut**, 20. März. Der Kreisausschuß Waldshut hat bei der Spar- und Waisenkasse Waldshut für die achte Kriegsanleihe 100 000 M gezeichnet; im ganzen betragen die Zeichnungen des Kreises Waldshut zu den Kriegsanleihen nunmehr 505 000 M.

* **Lörrach**, 20. März. Die städtische Sparkasse Lörrach zeichnete auf die achte Kriegsanleihe für sich und die Einleger eine Million Mark.

Aus dem Großherzogtum.

Amtliche Nachrichten.

* Der Großherzog hat dem Vermessungsassistenten Joseph Marbacher in Meßkirch und dem Grenzaufseher Konrad Lang beim Hauptsteueramt Konstanz die silberne Verdienstmedaille verliehen.

* Der Großherzog hat den von der Ev. Kirchengemeinde Weiler, Diözese Hornberg gewählten Pfarrverwalter Karl Heller in Weiler zum Pfarrer daselbst ernannt.

* Der Großherzog hat den Professor Dr. Oskar Tenz am Realgymnasium mit Oberrealschule in Villingen seinem Ansuchen entsprechend aus dem badischen Staatsdienst entlassen, den Professor Friedrich Grundel an der Realschule in Ladenburg in gleicher Eigenschaft an das Realgymnasium mit Oberrealschule in Villingen versetzt und den Lehramtspraktikanten Roman Fröhlich von Bankholzen zum Professor an der Realschule in Ladenburg ernannt.

* Der Großherzog hat den Oberstationskontrolleur Johann Pfeffer in Denzlingen auf sein Ansuchen wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste auf den 1. Mai d. J. und den Oberrevisor Oskar Volk in Karlsruhe auf sein Ansuchen wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste und unter Verleihung des Titels Rechnungsrat auf den 1. Juli d. J. in den Ruhestand versetzt.

* Das Ministerium des Innern hat den Aktuar Oskar Kleinhans bei der Landesversicherungsanstalt Baden zum etatmäßigen Aktuar ernannt, den Verwaltungssekretär Oskar Baron beim Großh. Landeskommissär in Konstanz in gleicher Eigenschaft zum Großh. Bezirksamt Konstanz und an seiner Stelle den Verwaltungssekretär Wilhelm Braun bei diesem Bezirksamt ebenfalls in gleicher Eigenschaft zum Großh. Landeskommissär in Konstanz versetzt.

* Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat dem Oberstationskontrolleur August Buttmi in Mannheim das Stationsamt II Heidelberg-Karlstor, dem Obereisenbahnsekretär Gustav Schäfer in Heidelberg das Stationsamt II Hirschhorn, dem Obereisenbahnsekretär Friedrich Stather in Offenburg das Stationsamt II Hagen und dem Oberstationskontrolleur Karl Etienne in Offenburg das Stationsamt II Wertheim übertragen; ferner den Eisenbahnsekretär Anton Keßler in Ettlingen zur Zentralverwaltung in Karlsruhe und den Eisenbahnsekretär Friedrich Weber in Konstanz nach Offenburg versetzt.

*

⊙ **Triberg**, 20. März. Im vollbesetzten Badsaal fand hier auf Einladung des Bezirksamts und Bürgermeisteramts eine sehr zahlreich besuchte Vortragsveranstaltung über „Volks- und Kriegerheimstätten" statt. Der von Oberamtmann Leers begrüßte Abend wurde durch Lieder des Schülerchors der Realschule stimmungsvoll eingeleitet. Der Vortragende, Herr Dr. Bittel aus Karlsruhe vom Bad. Landeswohnungsverein, ergänzte die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen durch vorzügliche Lichtbilder von geplanten und bestehenden Kleinhäusern mit Gärten.

() **Villingen**, 18. März. Zu einer großen, eindrucksvollen Feier gestaltete sich der gestern anläßlich des Goldenen Jubiläums des Vorschuß-Vereins Villingen im Saale des alten Rathauses dahier stattgefundene Festakt. Der Begrüßung der zahlreichen Teilnehmer, zum Teil aus weiter Ferne, durch den Vorsitzenden, Herrn Kaufmann Martin Oberle, folgte die nach Form und Inhalt gleich bedeutende Festrede des Herrn Direktors Schleicher, die darin ihren Höhepunkt fand, daß der Redner bekannt gab, daß in der letzten General-Versammlung des Jubiläums-Vereins beschlossen worden war, zur Mittelstandshilfe an kreditbedürftige und kreditwürdige Mitglieder Blanko-Kredite zu gewähren, die im einzelnen Falle 1500 M und im Gesamten 30 000 M nicht übersteigen dürfen. Mit dieser Jubiläumsgabe hat der Vorschuß-Verein Villingen einen neuen, glänzenden Beweis sozialen Fühlens gegeben, der mit Beifall und Dank vornehmlich draußen in den Schützengräben begrüßt werden wird.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 21. März 1918.

= **Frühlingsanfang.** Heute am 21. März morgens 11 Uhr 26 Minuten, wenn die Sonne in das Zeichen des Widders tritt, beginnt astronomisch der Frühling. Am Frühlingsanfang sind Tag und Nacht gleichlang; die Tage wachsen immer weiter, bis sie am 22. Juni ihre größte Ausdehnung erreicht haben. Der astronomische Frühling pflegt etwas später einzutreten als der meteorologische, den Frühlingstage bringt uns meistens schon der erste Teil des Monats März, den man deshalb auch Lenz nennt. Als Frühlingsmonate gelten in meteorologischer Hinsicht der März, der April und der Mai. Die Frühlingszeit ist die Zeit des Ueberganges vom Winter zum Sommer. Das Wetter ist in den Frühlingsmonaten vielfach veränderlich, die Tage sind oft warm, die Nächte kühl. Nachtfröste kommen bis in den Mai hinein vor.

Na. **Einschränkung des Verbrauchs an Licht- und Kraftstrom.** Trotz wiederholter dringender Mahnungen zur größten Sparsamkeit im Verbrauch von Licht- und Kraftstrom ist es noch nicht gelungen, den Verbrauch soweit einzuschränken, daß sich diese Ersparnis in erheblicher Weise im Kohlenverbrauch bemerkbar macht. Infolge des immer noch herrschenden Kohlenmangels ist dies aber dringende Notwendigkeit. Jeder nur irgend entbehrliche Verbrauch von elektrischem Strom muß daher unterbleiben. Man spare an Lichtstrom durch Einschränkung von Brenndauer, Lichtstärke, Zahl der Lampen, Man spare an Kraftstrom durch Einschränkung der Leerlaufverluste, durch Ausschalten toter Stränge der Transmissionen, Umsetzen von Maschinen, Verbesserungen der Getriebe, Beseitigung von Undichtheiten an Stopfbüchsen, Rohrleitungen, Durchlaßorganen usw. Ohne die Produktion einzuschränken, lassen sich auch an den kriegswichtigen Stellen Ersparnisse an Kraftstrom machen. Jede ersparte Kilowattstunde stärkt unsere Produktionskraft!

= **Bismarckfeier.** Es wird uns geschrieben: Für den 2. April plant die Deutsche Vaterlandspartei zur Erinnerung an Bismarcks Geburtstag eine Veranstaltung, für die es gelungen ist, einen wirkungsvollen Redner zu gewinnen in Prof. Dr. Ziegler von der Technischen Hochschule in Stuttgart, der einen Vortrag mit Lichtbildern über Deutschlands Macht und Sieg halten wird.

= **Die Badische Gefangenenfürsorge** schreibt uns: In den letzten Tagen sind viele deutsche Kriegsgefangene aus Rußland zurückgekehrt. Im Interesse der auf dem östlichen Kriegsschauplatz seit längerer Zeit Vermißten sowie im Interesse des ferneren Verkehrs und der Versorgung der noch in Rußland befindlichen Gefangenen bitten wir, die Zurückgekehrten bei den Ausschüssen Mannheim, Hilfe für kriegsgefangene Deutsche, Heidelberg, Hilfe für kriegsgefangene Deutsche, Karlsruhe, Nationaler Frauendienst und bei der Badischen Gefangenenfürsorge des Landesvereins vom Roten Kreuz Freiburg namhaft zu machen, unter genauer Angabe der früheren Regiments- und Kompaniebezeichnung sowie Angabe des letzten Gefangenenlagers.

Letzte Drahtberichte.

)(**Berlin**, 21. März. Laut „Berl. L.-A." soll ein Abschiedsgesuch des Oberpräsidenten von Rheinbaben genehmigt sein.

)(**Berlin**, 21. März. Der „Berl. L.-A." berichtet aus Posen: Die polnischen Reichstagsabgeordneten Seyda und Prälat Stychel sind erkrankt und haben einen mehrwöchigen Erholungsurlaub angetreten.

WTB. **Berlin**, 20. März. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung betr. die Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges.

WTB. **Wien**, 20. März. Die Regierung hat heute dem Abgeordnetenhaus den angekündigten Gesetzentwurf betr. die allgemeine Arbeitspflicht im Kriege vorgelegt.

WTB. **Wien**, 29. März. (Wiener k. k. Tel.-Korr.-Büro.) Das Erscheinen der Zeitung „Der Abend" ist auf behördliche Verfügung hin eingestellt worden.

Deutsche Lufthelden.

WTB. **Bern**, 20. März. „Matin" zufolge wurden die bei dem zweiten Luftangriff auf Paris abgeschossenen deutschen Flieger, Graf Scheibler aus München-Gladbach, Leutnant Frhr. v. Münzinger und Feldwebel Wulf aus Oldenburg vorgestern auf dem Friedhof von Chateau Tierry bestattet.

Luftverbindung Wien—Kiew.

WTB. **Wien**, 20 März. Die „Neue Freie Presse" meldet: In den nächsten Tagen wird eine Luftverbindung zwischen Wien und Kiew mit Etappenstationen in Krakau und Lemberg, ferner den Luftverkehr von Budapest über Bukarest nach Odessa, vielleicht nach Konstantinopel eingerichtet werden. Vorerst soll die neue Luftverbindung zur Dienstvermittelung der Post zwischen den Zentralstellen und der für die Erfassung und Ueberweisung der für Oesterreich-Ungarn in Betracht kommenden Getreidevorräte in die Ukraine entsandten Kommission des Grafen Forgach stehen. Nach kurzer Zeit der Erprobung soll die Luftpost zunächst auf einer Strecke für den öffentlichen Postverkehr freigegeben werden.

Die Sommerzeit in Amerika.

WTB. **Amsterdam**, 20. März. Einem hiesigen Blatt wird aus Newyork berichtet, daß Präsident Wilson ein Gesetz sanktioniert habe, wodurch vom 31. März bis 31. Oktober in den Vereinigten Staaten die Sommerzeit eingeführt wird.

Polen.

WTB. **Warschau**, 20. März. Die Wahlen zum polnischen Staatsrat finden am 9. April statt.

WTB. **Warschau**, 20. März. Nach einer Mitteilung des Pressebüros beim politischen Departement erklärte Steczkowski auf die Aufforderung des Regentschaftsrates die Bedingungen, unter denen er an die Bildung eines ständigen Kabinetts herantreten würde. Nach der Rückkehr aus Berlin und Wien führt Steczkowski gegenwärtig Verhandlungen mit den Parteien im Lande über das sachliche Programm der künftigen Regierung. Die Pressemeldung, über deren Zusammensetzung, beruht auf Vermutung.

Das Abkommen zwischen Schweden und der Entente.

WTB. **London**, 20. März. Reuter erfährt, daß zuversichtlich zu hoffen sei, daß zwischen den Alliierten und Schweden in naher Zukunft ein allgemeines Abkommen werde geschlossen werden. Im Zusammenhang damit wird die Vereinbarung getroffen werden, die Schweden endgültige Erleichterung für das Erlangen von 100 000 To. Weizen, 100 000 To. Mais und 50 000 To. Hafer sichern soll. Die Weizenverschiffung würde bis zum April und Mai vor sich gehen, die von Mais und Hafer später. Es versteht sich, daß dies nicht die gesamte Menge der zu liefernden Vorräte sei, und daß Schweden weitere Vorräte von Lebensmitteln werde erhalten können. Sofort nach Abschluß des Abkommens würden diese Vereinbarungen in Kraft treten.

Das englische Besatzungsheer in Irland.

bz. **Berlin**, 19. März. In den englischen Zeitungen vom letzten Donnerstag und Freitag finden sich lt. „Südd. Ztg." von der Zensur zugelassene Telegramme aus Dublin, wonach die Garnisonen Irlands auf die Besatzungsstärke von 85 000 Mann gebracht worden sind. General French hat den Oberbefehl übernommen und im Bermingham-Schloß Wohnung genommen. Die Paßvorschriften und Reisebeschränkungen nach Irland dauern an. Die Maßnahmen hätten keine politische Bedeutung, sondern seien nur Präventivmaßnahmen zur Fernhaltung wahrgenommener feindlicher Massenagitation in Irland.

Neue spanische Ministerkrisis.

WTB. **Madrid**, 20. März. Wie das Reutersche Büro erfährt teilte der Ministerpräsident Garcia Prieto der Kammer mit, daß das Kabinett zurücktrete. In der spanischen Kammer wird versichert, Cierva habe seinen Rücktritt auch diesmal und zwar unwiderruflich erklärt.

Gerichtsverhandlungen.

N. **Karlsruhe**, 19. März. Der Zwangszögling Julius Karcher in Ittersbach war aus der Anstalt in Ittersbach ausgebrochen und hatte sich dann größtenteils ziellos in der Gegend von Ittersbach und im Albtal herumgetrieben. Dabei machte er sich in 11 Fällen des Diebstahls und des Mundraubs schuldig. So stahl er in Ittersbach aus einer leerstehenden Villa einen Telephonkasten und eine Kontrolluhr, an anderen Stellen 10 Pfund Salzfleisch, Würste, Schnürschuhe, Rohrstiefeln, Dürrzwetschgen, Nüsse, Erbsen, Bürsten, Bettzeug. In Spielberg stahl Karcher 30 Eier, in Pfaffenrot Rindfleisch, in Marxzell eine Hose. In Etzenrot nahm er Kindern, die ihrem Vater Essen nach Ettlingen bringen wollten, dieses ab und verzehrte es. In Ittersbach eignete sich Karcher noch Aepfel und Brot zum sofortigen Genusse an. Die Strafkammer verurteilte den Karcher wegen mehrfachen, teils schweren Diebstahls zu 4 Monaten Gefängnis und wegen Mundraubs zu 2 Wochen Haft. Die Haftstrafe und 3 Wochen der Gefängnisstrafe sind durch die Untersuchungshaft verbüßt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Beschaffenheit und Behandlung der Milch.

Da, wie aus verschiedenen Zeitungsstimmen der letzten Zeit hervorgeht, über die Beschaffenheit und richtige Behandlung der Milch noch vielfach Unklarheit herrscht, sei auf folgendes hingewiesen:

Bekanntlich wurde seit August vorigen Jahres die Milchversorgung der Stadt Karlsruhe auf eine neue Basis gestellt. Der weitaus größte Teil der für Karlsruhe bestimmten Milch geht durch die städtische Milchversorgung; ein kleinerer Teil durch die Milchzentrale des badischen Molkereiverbandes. Beide Molkereien haben den Auftrag, die Milch zu verarbeiten und durch Vermittlung der Milchverkäufer an die Einwohnerschaft zu verteilen. Ein Teil der Milch wird durch Zentrifugen entrahmt und wird als Magermilch ausgegeben, der andere Teil, die Vollmilch, die für die Kranken, Kinder und alten Leute bestimmt ist, wird nicht entrahmt. Die Milch wird sofort bei Ankunft in die Molkereien verbracht, untersucht, maschinell gereinigt und pasteurisiert, wodurch alle Schmutzteile und schädlichen Bakterien ausgeschieden werden. Die Milch wird also durch fachmännische Behandlung verbessert. Es steht Jedermann frei, die Beschaffenheit der Milch durch eine Milchwage nachzuprüfen und viele Haushaltungen bedienen sich bereits einer solchen. Am besten eignet sich dazu der sog. Lactodensimeter. Bei einer Milchtemperatur von 15 Grad Celsius muß die Milch ein spezifisches Gewicht in den Grenzen von 28—32 Grad zeigen. Diese Grade entsprechen einem spezifischen Gewicht von 1.028 bis 1.032. Zeigt die Wage unter 28 Grad, so ist Verfälschung durch Wasser, zeigt sie über 32 Grad, so ist Entwertung durch Entrahmung anzunehmen. Einwandfreie Vollmilch muß mindestens 2,8 Proz. Fett enthalten. Der Fettgehalt der Vollmilch, welche von der städtischen Molkerei ausgegeben wird, ist jedoch durchschnittlich 3 bis 3.3 prozentig. Der sog. Cremometer ist zur Prüfung pasteurisierter oder sterilisierter Milch nicht geeignet, weil hier der Rahm durch die Pasteurisierung in kleinste Teile zerlegt wird, und selbst bei der besten Milch nur eine geringe Fettschicht zeigt, was bei dem Laien oft den Ansehen erweckt, als ob die Milch geringwertig oder verfälscht sei. Der Rahm ist aber dennoch in der Milch enthalten.

Die in jeder Hinsicht sorgfältige und sachgemäße Behandlung der Milch in den hiesigen Molkereien kann aber nicht das zeitweilige Sauerwerden der Milch verhindern. Mit dem allmählichen Eintritt der wärmeren Witterung wird man in erhöhtem Maße mit dieser Kalamität zu rechnen haben und es wäre verkehrt, dafür etwa das städtische Milchamt verantwortlich machen zu wollen. Es wird darauf gesehen, daß die Milch von dem Erzeuger in gutem Zustande abgeliefert wird, was in den weitaus meisten Fällen auch geschieht. Da jedoch die Milch aus Hunderten von Stallungen zusammenströmt und die Lieferungsorte für Karlsruhe zum Teil 200 Kilometer von hier entfernt liegen, und die Milch oft 1 bis 1½ Tage unterwegs ist, so ist es unvermeidlich, daß trotz aller Sorgfalt und Transport im Eiskühlwagen die eine oder andere Kanne, vielleicht auch der ganze Wagen sauer ankommt. Aber sauer gewordene Milch wird bei der Untersuchung zweifellos erkannt und kommt nicht in die Füllbecken. Sie wird entweder als Sauermilch ausgegeben oder zu Käse verarbeitet. Es kann aber auch vorkommen, daß ursprünglich einwandfreie Milch beim Milchhändler bezw. Milchverteiler sauer wird. In solchen Fällen ist der Milchverkäufer verpflichtet, die Milch nicht auszugeben, sondern beim Milchamt gegen süße einzutauschen. Es braucht also niemand sauere Milch anzunehmen. Ein Risiko für das Sauerwerden der Milch in den Haushaltungen kann das Milchamt natürlich nicht übernehmen. Die Hausfrauen müssen selbst für geeignete Maßnahmen Sorge tragen, insbesondere die Milch kühl aufbewahren und bei gewitterschwülem Wetter sofort nach der Entnahme abkochen.

Militärdienstnachrichten.

Der Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt: Streib, Maj. d. Landw.-Trains 2. Aufgeb. (Rastatt), jetzt bei der Train-Ers.-Abt. Nr. 14, m. d. Erlaubn. z. Tr. d. Landw.-U.-Unif., Hug, Feldw.-Lt. d. Landw.-Inf. 2. Aufgeb. (Mannheim), jetzt b. 1. Ers.-B. d. Inf.-Regts. Nr. 88, m. d. Erlaubn. z. Tr. d. A.-Unif.

v. Garnier, Gen. d. Kav. von d. Armee, im Frieden Insp. d. 2. Kav.-Insp., in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs m. d. gesetzl. Pens. z. Disp. gestellt. Nagel, Gen.-Major von d. Armee, vorher Kom. d. 31. Inf.-Div., im Frieden Kom. d. Inf.-Regts. Nr. 171, in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs unter Verleihung d. Charakters als Gen.-Lt. m. d. gesetzl. Pens. z. Disp. gestellt. Rebay v. Ehrenwiesen, Gen.-Maj., im Frieden Kom. d. Feldart.-Regts. Nr. 31, in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs m. d. gesetzl. Pens. z. Disp. gestellt.

Befördert:

Zu Leutnants der Reserve: die Vizefeldwebel: Künstle (Offenburg), Leibert (Heidelberg), d. Inf., King (Offenburg), im Inf.-Regt. Nr. 136, Mack (Mannheim) im Inf.-Regt. Nr. 171, d. genannten Regtr., Vizewachtmeister Klaus (Freiburg), d. Feldart., Vizefeldwebel Bloch (Pforzheim), d. Inf., Vizefeldwebel Rößger (Freiburg) im Inf.-Regt. Nr. 113, Vizefeldwebel Kienzler (Donaueschingen), d. Fußart., Vizewachtmeister v. Waltershausen (Straßburg), d. Trains, Vizefeldwebel Wolf (Paul) (Karlsruhe) im Leib-Gren.-Regt. Nr. 109;

Wurth, Vizefeldw. (Stockach), zum Lt. d. Landw.-Inf. 1. Aufgeb.;

zum Leutnant der Landwehr 1. Aufgeb.: Vizefeldwebel Baumgartner (Lörrach), d. Fußart.;

zum Leutnant der Landwehr 2. Aufgeb.: v. Reinken, Vizewachtm. (Heidelberg), d. Feldart.;

Schwehr, Vizefeldw. (Karlsruhe) im Leib-Gren.-Regt. Nr. 109, zum Lt. d. Landw.-Inf. 1. Aufgeb.;

Frank (Pforzheim), Vizefeldwebel, zum Lt. d. Landw.-Inf. 2. Aufgeb.;

Eisenlohr, Oblt. d. Res. d. Inf.-Regts. Nr. 142 (Karlsruhe), zum Hauptmann;

zum Lt. d. Landw.-Inf. 1. Aufgeb.: Vizefeldwebel Oesterle (Karlsruhe).

Sie können für **5.20** Mk. monatliche Zahlung heute Mk. **1000** **8. Kriegsanleihe** zeichnen!

1342

Verlangen Sie Auskunft von **Walter Strauss,** Karlsruhe i. B., Kaiserstrasse 82.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Die verehrlichen Mitglieder werden zu der am

Freitag, den 22. März, abends ½8 Uhr

im großen Saale der Gesellschaft Eintracht dahier stattfindenden

Ordentlichen General-Versammlung

hiemit freundlichst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichts für 1917, Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns und Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats.
2. Wahl zur Erneuerung des Aufsichtsrats.

Der Eintritt ist nur den Vereinsmitgliedern und nur gegen Abgabe der 1918er gelben Legitimationskarte gestattet. Für die selbständigen und an der Wahl teilnehmenden Hausfrauen ist die Galerie vorbehalten.

Der Geschäftsbericht sowie die Bilanz für 1917 liegen in dem Geschäftslokal des Vereins, Roonstraße 28, sowie in sämtlichen Vereinsläden auf und können daselbst in Empfang genommen werden.

Karlsruhe, den 14. März 1918. 1315

Der Aufsichtsrat des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

In Vertretung:

Hennemann, Geh. Postrat a. D.

Bei den

städtischen Handwagen-Vermietungsstellen

Gaswerk 1, Kaiserallee 11, Fernsprecher 5350

stehen Handwagen mit Bedienung durch Schüler für die Beförderung von Kohlen, Holz, Kartoffeln, Obst und dergl. zur Verfügung.

Die **Miete** einschl. Bedienung beträgt **für 1 Stunde 75 Pf.;** sie ist **im voraus zu bezahlen.**

Bestellungen sind im Interesse einer geregelten Zuweisung der Wagen an die Besteller **am Tage vorher oder spätestens am Benützungstage bis vorm. 9 Uhr** anzubringen.

Die Vermietungsstelle, Adlerstraße 35, ist wegen geringer Inanspruchnahme bis auf weiteres aufgehoben worden.

Das Bürgermeisteramt. B1a

1108

Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7, Absatz 2 des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst.

Zur Ausführung von landwirtschaftlichen Arbeiten im Bereich der Kriegsamtsstelle werden Arbeitskräfte jeder Art dringend benötigt. Mit dem 4. Kriegsjahr sind die Schwierigkeiten, den Bedarf an Arbeitskräften zu decken, gewachsen. **Infolge des Friedens mit Rußland wird die große Anzahl der Gefangenen,** die vorwiegend in der Landwirtschaft tätig waren, **in absehbarer Zeit in die Heimat entlassen** werden. **Die Beschaffung ausreichender Arbeitskräfte für die Landwirtschaft ist aber von ausschlaggebender Bedeutung** für die restlose Ausnützung des heimischen Bodens, durch die allein die **Ernährung des Frontheeres und des Heimatheeres sicher gestellt werden kann.** Insbesondere sind **Frauen und Mädchen** erwünscht, die vermöge ihrer Herkunft vom Lande oder früherer Beschäftigung in land-, garten- oder forstwirtschaftlichen Betrieben schon einige Kenntnisse in landwirtschaftlichen Arbeiten haben.

Die Vergütung erfolgt nach ortsüblichen Sätzen. **Gute Verpflegung ist gewährleistet.**

Alle, die gewillt und geeignet sind, in der Landwirtschaft mitzuarbeiten, werden hiermit zur freiwilligen Meldung aufgefordert.

Meldungen werden von heute ab bis auf Weiteres bei den **Hilfsdienstmeldestellen,** bei den **Ortspolizeibehörden** und dem Arbeitsnachweis der **Landwirtschaftskammer in Karlsruhe** entgegengenommen.

Da angesichts der vorgeschrittenen Jahreszeit die Inangriffnahme der landwirtschaftlichen Arbeiten keine Verzögerung duldet, ist es erforderlich, daß alle geeigneten Bewerber sich ungesäumt zu den genannten Meldestellen begeben.

Karlsruhe, den 15. März 1918. 10

Kriegsamtsstelle Karlsruhe.

Aufgebotsverfahren.

Frau Klara Zimmermann, geb. Jüllig, Ehefrau des Zimmermanns Karl Zimmermann, Schützenstr. Nr. 86 hier, hat mit Zustimmung ihres Ehemannes den Antrag gestellt, den Pfandschein No. 23988 vom 29. Dezember 1916, erneuert unter No. 10496 am 1. August 1917, lautend über **1 Schachtel mit 3 Resten Leinwand und 1 Rest Damast,** geschätzt zu 30 Mk. und beliehen mit 15 Mk., für kraftlos zu erklären.

Auf Grund des § 48 unserer Satzungen fordern wir hiermit den Inhaber des genannten Pfandscheins auf, solchen innerhalb eines Monats, von der erfolgten Einrückung an gerechnet, bei uns vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung erfolgen wird. F 16

Karlsruhe, den 16. März 1918.

Städtische Spar- u. Pfandleihkasse-Verwaltung.

Ausgekämmte Frauenhaare

kauft 1005

Oskar Decker, Haarhandlung, Kaiserstraße 32.

Darlehen

gewähre in jeder Höhe solventen Personen. Ia. Referenzen. **Ad. Fritz, Hamburg 24.** 150

Angebote von National-Registrierkassen

neue und alte Modelle) erbeten unter 15006/III an die Geschäftsstelle d. Bl.

Mitteldeutsche Creditbank

Kapital und Reserven 69 Millionen Mark.

Filiale Karlsruhe

Vermittlung aller Bankgeschäfte.

Großherzogl. Hoftheater. 2052

Donnerstag, den 21. März, C 45 (graue Karten).

Wölfe in der Nacht.

Anfang 7 Uhr. Ende gegen ½10 Uhr.

Bekanntmachung.

Der „Staatsanzeiger" und das „Amtliche Verkündigungsblatt" veröffentlichen eine Bekanntmachung des Königlichen Stellvertretenden Generalkommandos des XIV. Armeekorps vom 14. März 1918 Nr. G. 2210/1. 18. K. R. A. betreffend **Bestandserhebung, Beschlagnahme und Höchstpreise von Kutschwagenbereifungen, ausschließlich Kraftwagenbereifungen.** Auf diese Bekanntmachung, die auch bei dem Großh. Bezirksamt sowie den Bürgermeisterämtern eingesehen werden kann, wird hiermit hingewiesen. 11

Karlsruhe, den 18. März 1918.

Großh. Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Die Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie betr.

Die Ziehung der 4. Klasse der 11. Preußisch-Süddeutschen (237. Königl. Preußischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am **9. und 10. April 1918** stattfinden.

Die planmäßige Erneuerung der Lose 4. Klasse hat bis spätestens **Mittwoch, den 3. April ds. Js., abends 6 Uhr,** bei den zuständigen Großh. Badischen Lotterieeinnehmern zu erfolgen, die auch Kauflose abgeben. 1355

Karlsruhe, den 23. März 1918.

Großh. Landeshauptkasse

als Landesbehörde für die staatliche Klassenlotterie